

ENGLAND

LABOUR PARTY

Schwerer Schlag

In Londons „Royal Festival Hall“ brüstete sich Englands Sozialistenführer und Regierungschef Harold Wilson: „Ich mache weiter.“ Doch schon zehn Tage später, am Mittwoch letzter Woche, fragte zweifelnd die „Times“: „Soll er? Wird er? Kann er?“

Denn so ohnmächtig und zerstritten, so hilflos und unbeliebt wie Harold Wilsons Labour-Kabinett war lange keine britische Regierung. „Mit der

Zwar wird Wilson vermutlich einen neuen Kredit erhalten, doch Englands Finanzmisere wird dadurch nicht beseitigt. Der Premier sieht sich in die Rolle eines Kaufmanns gedrängt, der ständig neue Schulden machen muß, um alte Verbindlichkeiten tilgen zu können.

Wie jeder halbwegs bankrotte Kaufmann hat Harold Wilson seit der Pfundabwertung vor anderthalb Jahren nahezu alles versucht, um den Konkurs abzuwenden. Erreicht hat er kaum etwas: Lohn- und Preisstopp, Steuererhöhungen, Sparbudgets und selbst die Abwertung versagten, denn Wilsons Regierung drosselte und kne-

rohr des Kreml gegen die Reformer, ihr Erscheinen ein.

Aber Prags neuer KP-Chef brachte nicht nur das in der DDR — auf tschechisch — gedruckte Anti-Reformblatt zum Schweigen: Seit langem allergisch gegen allzu kühne Journalisten (Husák im slowakischen ZK: „Presseleute sind wilde Hunde“), ließ der Slowake Anfang Mai auf einer Präsidiums-Sitzung auch die Aufgabe der Presse neu definieren — um weitere Kreml-Konzessionen einzuhandeln: Die ČSSR-Presse ist nun wieder ein „aktiver Verteidiger des kommunistischen Staates“.

Die Direktoren des Prager und Preßburger Rundfunks wurden von Husák zum Rapport bestellt und mußten versprechen, die „Unterstützung für die Partei- und Regierungspolitik zu verstärken“. Die KP-Wochenschrift „Politika“ (Chefredakteur: der reformfreundliche Svoboda), stellte ihr Erscheinen ein und wurde durch die Zeitschrift „Tvorba“ (Schaffen) unter dem Konservativen Jiří Hajek ersetzt.

In der Gewerkschaftszeitung „Práce“ mußte der Chefredakteur Velenský den Schreibtisch räumen, beim Prager Fernsehen bekam die Sprecherin der politischen Sendungen während der Okkupationstage, Kamila Moucková („die Jeanne d'Arc der ČSSR“), ihren Kündigungsbrief.

Zwar kündigten die meisten Redakteure der vom neuen Chefredakteur Moc auf harten Kurs zurückgebrachten Parteizeitung „Rudé Právo“.

Zwar versuchten die exponierten Redaktionen, dem drohenden Verbot oder Kurswechsel durch neue Stilmittel zu entgehen: Das Reformblatt „Literární listy“ veröffentlichte kommentarlos Interviews von Rehabilitierten aus den stalinistischen Unrechtsjahren, die Jugend-Zeitschrift „Mladý svět“ ließ extreme Konservative zu Wort kommen und druckte dann seitenlang empörte Leserbriefe.

Doch Poker-Spieler Husák hatte gewagt, um zu gewinnen: Am vorigen Dienstag ließen die Sowjets durchblicken, sie seien zu einem etappenweisen Abzug der Besatzungstruppen bereit und würden der ČSSR einen großzügigen Rubelkredit einräumen — wenn Husák den Einsatz erhöhe.

Tags darauf schon verbot die Zensur die Reformzeitschrift „Reportér“ — obwohl deren Redakteure Jiří Hochman und Jiří Ruml schon ihre Schreibtische für einen halbjährigen Urlaub geräumt hatten, um die Redaktion nicht zu gefährden. Auch das Organ des Schriftsteller-Verbandes, „Listy“ — bereits unter Parteichef Novotný verboten —, sowie drei weitere Zeitschriften wurden eingestellt.

Zwei Studenten-Blätter hatte Husáks Bannstrahl schon vorher getroffen: „Studentské listy“ in Böhmen und und „Reflex“ in der Slowakei.

„Reflex“ hatte den Lesern die Quizfrage gestellt, was „ein Husák“ sei: der größte slowakische Schriftsteller, ein Redakteur der (inzwischen umbenannten) Reform-Zeitschrift „Kulturný život“ oder eine Daumenschraube.



Rivalen Callaghan, Wilson: „Soll er? Wird er? Kann er?“

schwächsten und uneinigsten Regierung seit 1931“, so klagte die „Times“, „sieht sich England der schwersten Wirtschaftskrise seit 1931 gegenüber.“

Wie schwer die Krise ist, wurde den Briten letzte Woche schmerzhaft bewußt: England, seit Jahren schon hoch verschuldet, war noch weiter in die roten Zahlen geraten.

Auch im Monat April hatte Großbritannien mehr importiert als exportiert, das Außenhandels-Defizit kletterte auf 59 Millionen Pfund (etwa 560 Millionen Mark); geschwunden scheinen die Hoffnungen, daß England je genug Devisen verdienen wird, um seine Schulden fristgerecht tilgen zu können.

Um den „schweren Schlag“ („The Times“) zu verkraften, muß Wilson nun einen neuen Beistandskredit von etwa vier Milliarden Mark beim Internationalen Währungsfonds beantragen, bei dem England ohnehin hoch in der Kreide steht:

Allein bis Ende 1971 muß London 14 Milliarden Mark Schulden begleichen und weitere 2,2 Milliarden Mark Zinsen zahlen. Noch in diesem Monat sind 800 Millionen Mark fällig.

belte die Wirtschaft, anstatt sie zur Expansion anzureizen.

Und wie jeder halbwegs bankrotte Kaufmann hatte Harold Wilson auch eine Entschuldigung parat: Vor allem die vielen Streiks im Lande, so ließ der Premier sein Handelsministerium verlauten, seien schuld an der Misere.

Tatsächlich gingen Englands Wirtschaft allein im letzten Jahr 4,7 Millionen Arbeitstage (Bundesrepublik: 25 249) durch Ausstände verloren.

Fest entschlossen, die Streiks einzudämmen, ließ Wilson von seiner rot haarigen Mitstreiterin Barbara Castle, Minister für Beschäftigung und Produktivität, ein entsprechendes Gesetz erarbeiten (SPIEGEL 20/1969). Und letzte Woche feuerte er sogar seinen Innenminister James Callaghan, der gegen das geplante Gesetz Stellung genommen hatte, aus dem „Inneren Kabinett“, dem Führungsrat der Regierung.

Doch Callaghan ist ein Mann der Gewerkschaften, der einzige im Kabinett. Und gegen die Arbeitnehmerverbände, die dem Premier bereits „politischen Selbstmord“ prophezeiten, falls er das Anti-Streikgesetz durchdrücken wolle, wird Wilson seine zer-

rissene Labour Party kaum einen können.

Denn zu eng ist die Arbeiterpartei mit den Gewerkschaften liiert, noch nie vermochte in England ein Labour-Premier gegen die Gewerkschaften zu regieren.

Von den 28 Sitzen des Parteivorstandes nämlich sind zwölf den Gewerkschaften vorbehalten. Und von den 6,3 Millionen Labour-Mitgliedern gehören 5,5 Millionen der Partei als „politische“ Gewerkschaftler an. So können die Arbeitnehmer-Vertreter auf den jährlichen Partei-Kongressen beinahe alles durchsetzen, was sie wollen.

Am deutlichsten jedoch zeigt sich Labours Abhängigkeit von den Gewerkschaften in der Parteikasse: Von den 3,5 Millionen Mark, die Labours Zentrale 1967 einnahm, stammten drei Millionen von den Gewerkschaften.

In Wirklichkeit zahlen die Gewerkschaften noch viel mehr. Sie unterstützen auch lokale Organisationen der Partei, werben in ihren Zeitschriften für Labour und helfen bei der Finanzierung der Wahlkosten. Über zehn Millionen Mark Gewerkschaftsgelder fließen nach Schätzungen der konservativen Opposition jährlich in Labours Kassen.

Von den 363 Sozialisten, die bei den letzten Unterhauswahlen im Jahre 1966 ins Parlament einzogen, hatten 127 ihr Mandat mit direkter Hilfe der Gewerkschaften erobert, die bis zu 80 Prozent der Wahlkampfkosten ihres jeweiligen Kandidaten trugen. Den gewählten Volksvertretern zahlen die Gewerkschaften obendrein jährlich bis zu 4100 Mark — und erwarten dafür die Dankbarkeit eines Patenkindes.

Die Vertretung der Gewerkschaftsinteressen im Unterhaus war schon Anfang dieses Jahrhunderts, bei der Gründung der Labour Party, das erklärte Ziel. Die Arbeiterpartei, so formulierte Ernest Bevin, einst britischer Außenminister und einer der prominentesten Gewerkschaftsführer, sei „den Eingeweiden der Gewerkschaften entsprungen“.

1906 feierten 30 Labour-Abgeordnete ihren ersten Triumph: Im Unterhaus setzten sie durch, daß Gewerkschaften, die einen Streik ausriefen, nicht mehr zu Schadenersatz an die Unternehmen verurteilt werden durften. (Fünf Jahre zuvor hatte eine Gewerkschaft nach einem Streik aufgrund eines Gerichtsurteils 460 000 Mark Schadenersatz an die Taff-Vale-Eisenbahngesellschaft in Wales zahlen müssen.)

Macht und Einfluß der Gewerkschaften wurden fortan immer größer. Selbst konservative Regierungen hoffierten die Arbeiterführer. Kaum je setzten Regierung oder Parlament einen Untersuchungsausschuß ein, ohne auch einen Gewerkschaftsführer hinzuzuziehen.

Selbst ein Gewerkschaftsadel etablierte sich: Als Lords sitzen heute im Oberhaus fünf ehemalige Gewerkschafts-Bosse.

Zuweilen übernahmen die Gewerkschaftler sogar die Führung der Partei

— so zum Beispiel nach der Pfundabwertung von 1931, als Labours Unterhaus-Fraktion von 289 auf 46 Sitze zusammengeschrumpft war. Damals beherrschte der „Trades Union Congress“ (TUC), die Spitzenorganisation der englischen Gewerkschaften, die Labour-Fraktion jahrelang etwa so, „wie England den Irak und auch Ägypten beherrschte“ (so der konservative Abgeordnete Jan Gilmour).

Wie stark der Einfluß der Gewerkschaften auf die Labour Party heute noch ist, wird sich möglicherweise Anfang nächsten Monats zeigen: Am 5. Juni will der TUC auf einem Sonderkongreß über Barbara Castles und Harold Wilsons Anti-Streikgesetz beraten.

Vier Tage danach — etwa zwei Wochen später als ursprünglich geplant — soll das Unterhaus erstmals über das Gesetz abstimmen lassen.

Die Abstimmung soll, so will es der Premier, ein Vertrauensvotum sein, das ihm und seiner Regierung neue Stärke verleiht. Doch heute schon, knapp drei Wochen vor dem Votum, sind 61 der 347 Labour-Abgeordneten entschlossen, gegen das Gesetz zu stimmen.

FRANKREICH

WAHLEN

Ruhe regiert

Louis Pradel, Bürgermeister von Lyon, „bettelt“ nach eigenen Worten noch immer um Kredite, die ihm Paris 1962 zugesichert hatte. Deshalb, so erklärte Pradel, werde er bei der Präsidentschaftswahl im Juni nicht für den Gaullisten Pompidou, sondern für den Antigaullisten Poher stimmen.

Auch André Morice, Bürgermeister von Nantes, Michel Durafour, Bürgermeister von Saint-Etienne, Jean Lecanuet, Senator aus Rouen, erklärten sich für Poher: Die französische Provinz,



Poher-Intimus Lecanuet
„Vertrauensvolle Klugheit“



Präsidentschaftskandidat Poher
„la douce France“

vom Weltreisenden de Gaulle vernachlässigt, hat Rechnungen zu begleichen; die landsässigen Notabeln, von den Gaullisten dezimiert, aber mit dem Sturz de Gaulles wiederaufgestanden, sind zum Sturm auf den Gaullismus angetreten.

Der Aufwind war schon in der ersten Maiwoche spürbar. Da de Gaulle von Bord gegangen war, ohne daß die Anarchie ausbrach, drängte sich den Franzosen langsam die Versuchung auf, man könne womöglich auch sein Regime loswerden — ähnlich ungestraft und gefahrlos wie den Chef.

Langsam schmeichelte sich dann in diese Versuchung die rundliche Gestalt des Interims-Präsidenten Poher ein. In ihm erkannten sich das Bürgertum und die Provinz wieder, die des aufregenden, gaullistischen Heldenzeitalters überdrüssig sind. Pohers väterliche Gelassenheit, seine natürliche Art aufzutreten und sich ohne apokalyptische Drohungen Respekt zu verschaffen, weckten Vertrauen, belebten den in der Provinz ohnehin nie gestorbenen Glauben, daß „la douce France“, das „liebliche Frankreich“, nicht unbedingt mit élyséischem Donnergrollen regiert werden müsse.

Dieses Frankreich hatte seine Vertreter vor der gaullistischen Flut in jenen (nach indirektem Wahlrecht gewählten) Senat gerettet, der durch de Gaulles Reform entmachtet werden sollte. Senatspräsident Poher hatte dagegen gekämpft, den Senatoren im Palais du Luxembourg erscheint er seither als der Retter. Vor dem Senat ließ er am Montag letzter Woche seine Kandidatur bekanntgeben. Und vor Senatoren ergriff er am folgenden Tag selbst das Wort.

Im schwer vergoldeten De-Brosse-Saal, der früheren Kapelle Ludwigs XVIII., stellte ein lächelnder, selbstsicherer Alain Poher noch einmal fest, was bislang sein größter Erfolg war: